

(A)

Plenarprotokoll 17/249

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

249. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 26. Juni 2013

Ich rufe die Frage 57 der Abgeordneten Cornelia Behm auf:

Wann wird die Bundesregierung die Ergebnisse der Arbeitsgruppe SBZ-Enteignungen – SBZ: Sowjetische Besatzungszone –, die entsprechend dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP prüfen sollte, ob es im Hinblick auf die Enteignungen in der SBZ von 1945 bis 1949 noch Möglichkeiten gibt, Grundstücke, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, den Betroffenen zum bevorzugten Erwerb anzubieten, und deren Arbeit nach Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Finanzen, Steffen Kampeter, in der Antwort auf meine mündliche Frage 33, Plenarprotokoll 17/210, Seite 25582 (D) „in dieser Legislaturperiode zweifelsohne abgeschlossen“ wird, vorlegen, und was sind die Planungen der Bundesregierung im Hinblick auf die Umsetzungen möglicher Empfehlungen dieses Berichtes?

Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Frau Abgeordnete, ich verweise auf meine von Ihnen zitierte Antwort auf die mündliche Frage 33, in der ich ausgeführt habe, dass die Arbeitsgruppe zwischenzeitlich einen Redaktionsentwurf ihres Arbeitsberichts verfasst hat und dass der Abstimmungsprozess hierüber noch nicht abgeschlossen ist. Die Bundesregierung strebt an, nach Ende des Abstimmungsprozesses die Ergebnisse der Arbeitsgruppe vorzulegen und die Mitglieder des Deutschen Bundestages umfassend, das heißt in angemessener Form, zu unterrichten.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Behm, haben Sie eine Nachfrage? – Bitte schön.

Cornelia Behm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich würde gerne wissen, welchen Zeitplan Sie

für den Abschluss dieser Abstimmung haben angesichts der Tatsache, dass wir in dieser Legislaturperiode nach dieser Woche keine ordentliche Sitzung des Parlaments mehr haben, sondern nur noch eine Sondersitzung im September. Das heißt, wird es noch in dieser Woche zu einem Abschluss gebracht und öffentlich gemacht werden? Ich frage mich schon, wann die Maßnahmen, die sich möglicherweise aus dem Bericht und aus seiner Auswertung ableiten, umgesetzt werden sollen. Schließlich haben Sie das ja für diese Legislaturperiode verabredet.

Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Frau Kollegin, es stimmt, dass wir angestrebt haben, das in dieser Legislaturperiode vorzulegen. Die Arbeitsgruppe hatte sich, nachdem erste Ergebnisse vorlagen, zu weiteren, in der Sache aufwendigen Prüfungen entschlossen. Nunmehr geht es, wie gesagt, um die Abstimmung des Berichts innerhalb der Bundesregierung. Es kann derzeit nicht vorhergesagt werden, wann dieser Prozess abgeschlossen ist. Meine optimistische Schätzung, die Sie ja in Ihrer Frage zitiert haben, dass dies zweifelsohne in dieser Legislaturperiode sein wird, würde ich jetzt nicht wiederholen; ich will aber nicht ausschließen, dass es uns noch gelingen wird.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Haben Sie eine weitere Nachfrage? – Bitte schön.

Cornelia Behm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das wäre dann ja ein außerordentlich erfreuliches Ergebnis. Daran möchte ich die Bitte knüpfen, dass wir Abgeordnete, soweit wir uns dafür interessieren, diesen bisher vorliegenden Bericht, auch wenn er noch nicht abschließend bewertet ist, zur Kenntnis bekommen, sodass wir uns ein eigenes Urteil bilden können.

Meine Nachfrage bezieht sich darauf, welche Maßnahmen folgen. Warum haben Sie eigentlich nicht bis zum Abschluss dieser Prüfung ein Moratorium für den Verkauf in Rede stehender Flächen bzw. Objekte erlassen, oder haben Sie das noch vor?

Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Die Bundesregierung wird den Bericht gerne, allerdings erst nach Abschluss des internen Abstimmungsprozesses innerhalb der Bundesregierung, allen Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Verfügung stellen. Da es sich bisher um eine nicht abgestimmte Position handelt, kann ich Ihnen auch keinerlei Auskünfte geben, welche Schlussfolgerungen verbindlich von der Bundesregierung aus einem dann möglicherweise abgeschlossenen Bericht gezogen werden

(C)

(D)

(A) können. Die Dinge sind – darauf verwies ich bereits – noch im Fluss.

(Cornelia Behm [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Moratorium?)

(C)

(B)

(D)